

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

29. Jänner 2010 • Nr. 3 • 3,-

Gastkommentar von
Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer

Für ein stabiles Budget

- JA zur Finanztransaktionssteuer
- JA zur Banken-Solidarabgabe
- NEIN zu neuen Massensteuern
- NEIN zu Sozial- und Bildungskürzungen

Der Jänner jedes Jahres ist auch verbunden mit der Aufgabe, die Budgetdaten und den Stabilitätsfahrplan nach Brüssel zu übermitteln. Das Programm ist zwar lediglich eine erste Zielvorgabe für den Bundeshaushalt bis 2013 und enthält noch keine konkreten Maßnahmen – Details zum Budget 2011 werden erst im Herbst verhandelt. Aber es gibt eine Richtung vor: Das Budgetdefizit von derzeit 3,5 Prozent soll bis 2013 auf 2,7 Prozent gedrückt werden, wobei mit einem Defizitanstieg 2010 und 2011 gerechnet wird. Bundeskanzler Werner Faymann hat deutlich gemacht, dass der Schwerpunkt der Budgetkonsolidierung ausgabenseitig zu erfolgen hat und vor allem der Sozialstaat und der Bildungsbereich zu schützen sind.

Wir konnten den Wifo-Wirtschaftsforscher Markus Marterbauer zu einem Gastkommentar zu diesem Thema gewinnen.

Der zweite Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe befasst sich mit den Wünschen der Eltern bezüglich der Ganztagschule. Und da zeigt sich, dass der Bedarf deutlich höher ist als das derzeitige Angebot.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Stabilitätsprogramm	4
Interview mit Staatssekretär Andreas Schieder	5
Ganztagschule	6
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied	7
Transparenz von Parteienfinanzierung	8
Kreisky-Buchpreis	10
Gastkommentar von Markus Marterbauer	14

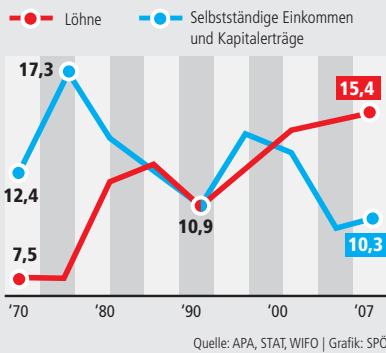
Neue Diskussion um Anwesenheitspflicht für Asylwerber

Ein neuer Vorschlag für die Anwesenheitspflicht in Asyllagern sorgt für Diskussionen. Ein konkreter Gesetzesentwurf liegt jedoch noch nicht vor, für eine sachliche Diskussion fehlt derzeit noch jegliche Grundlage. Für Verteidigungsminister Norbert Darabos steht jedenfalls fest, dass für den neuen Gesetzesentwurf „wie von Anfang an betont – die Menschenrechte und die österreichische Bundesverfassung als Maßstab gelten“.

THEMEN DER WOCHE

Steuerbelastung

Durchschnitt in Prozent



Löhne höher besteuert als Kapital

In den 70ern lag die Steuerbelastung der Löhne bei 7,5 Prozent, bei Selbstständigen-Einkommen und Kapitalerträgen hingegen bei 12,4 Prozent. Inzwischen ist es umgekehrt. Arbeitnehmer-Einkommen werden mit 15,4 Prozent belastet, Selbstständige und Kapitalerträge mit 10,3 Prozent. Für die SPÖ ist daher klar: die Kosten der Krise dürfen nicht auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

„Wer soll das bezahlen?“

Durch die Wirtschaftskrise hat sich das Budgetdefizit deutlich ausgeweitet. Bis 2013 soll das Defizit schrittweise verringert werden, ohne dass bei Bildung und Sozialleistungen gespart wird. Klar ist für die SPÖ, dass vor allem diejenigen für die Krise aufkommen sollen, die sie verursacht haben.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at mit, wer die Kosten für die Krise bezahlen soll.



SPÖ

SPÖ-Wissenschafts-sprecherin
Andrea Kuntzl

Frauenanteil in Regierung steigt auf 39 Prozent

Begrüßt wird von SPÖ-Wissenschafts-sprecherin Andrea Kuntzl, dass die Regierung mit der neuen Wissenschaftsministerin Beatrix Karl über ein weiteres weibliches Mitglied verfügt. Von 18 Mitgliedern (inklusive Staatssekretären) sind nun sieben Frauen, der Anteil steigt somit von 33 auf 39 Prozent. Zum Vergleich: Im Nationalrat beläuft sich der Frauenanteil aktuell auf 27,87 Prozent. 51 der 183 Abgeordneten sind Frauen. Die SPÖ kommt hier auf eine Frauenquote von 36,84 Prozent, die ÖVP nur auf 23,53 Prozent.

Zitat der Woche

„Ich habe konkrete Vorstellungen für gerechte Steuern wie die Banken-Solidarabgabe oder die Finanztransaktionssteuer dargelegt. Josef Pröll hat bislang noch keine Vorschläge gemacht. Die Sparwirkung seines Sozialtransferkontos konnte er mir bis heute nicht erklären.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Post baut Filialpartnerschaft aus

Infrastrukturministerin Doris Bures befindet die Pläne der Post, der Wirtschaftskammer und des Gemeindebunds, das Netz von Postgeschäftsstellen deutlich dichter zu machen, für positiv. Die Österreichische Post will künftig in nahezu allen 2.375 Gemeinden eine Geschäftsstelle anbieten. Eine flächendeckende Versorgung ist durch das neue Postmarktgesetz und der darin fixierten Zahl von mindestens 1.650 Ämtern zwar sichergestellt, doch, so Bures: „Wenn die Post nun über diese Zahl hinausgehen will, ist das begrüßenswert.“ Laut Gesetz darf seit Jahresbeginn ein Postamt nur dann geschlossen werden, wenn ein Post-Partner gefunden wird.



HBF/Wenzel

Eine generelle Internierung von Asylwerbern über einen längeren Zeitraum wird von der SPÖ abgelehnt.



Begsteiger



STANDPUNKT

Ein Jubiläum – aber zu feiern gibt es nichts

Vorzehn Jahren wurde die schwarz-blaue Regierung angelobt. Diese Zeit hat sich mehr verdient als eine rein politische Bilanz – es geht auch um eine moralische Bilanz.

Der Februar 2000 war definitiv eine ambivalente Zeit – zwischen Politisierung und dem Entsetzen über den Sündenfall der ÖVP, den rechten Rand in dieser Republik salonfähig zu machen. Mit einer perfiden Hinhaltetaktik und Trickserien gegenüber seinem Verhandlungspartner SPÖ gelang Wolfgang Schüssel ein Coup, der ihm endlich die Kanzlerschaft brachte. Dies, obwohl er mit der ÖVP bei den Nationalratswahlen nur den dritten Platz erreicht hatte. Für meine Generation begann damit eine Ära der Politisierung. Die Koalition mit der Haider-FPÖ weckte den Protest der Massen und so war ich eine von vielen Tausenden, die ihrem Ärger auf dem Heldenplatz Luft machten.

Eines war uns klar: alle Errungenschaften, für die unsere Großeltern gekämpft hatten, waren in Gefahr. Freiheit, Demokratie und sozialer Ausgleich waren durch Schüssels Wunsch nach der Kanzlerschaft von Haider Gnaden in Gefahr. All das hat uns motiviert, für unser Land zu kämpfen, um zu verhindern, dass Schwarz-Blau Schaden anrichten kann. Wie sich herausstellte, sollte der Schaden enorm sein.

Die Bilanz von Schwarz-Blau ist in jeder Hinsicht katastrophal. In den Jahren 2000 bis 2006 verzeichnete Österreich eine neue Rekordarbeitslosigkeit, die Jugendarbeitslosigkeit explodierte geradezu. Die schwarz-blaue Steuerreform bevorzugte die Großkonzerne und vernachlässigte fahrlässig die Klein- und Mittelbetriebe. Der Privatisierungswahn und der Postenschacher gelangten zu einem neuen Höhepunkt. Erst heute wird klar, wie viele Freunderln von Karl-Heinz Grasser sich am Eigentum der Österreicherinnen und Österreicher vergriffen haben und mit der Unterstützung und Duldung der ÖVP in die eigene Tasche gewirtschaftet haben. BUWOG, Hypo-Alpe-Adria, Eurofighter und Co. stehen stellvertretend für ein System der Freunderlwirtschaft, wie sie diese Republik noch nie gesehen hat.

Besonders auffällig war die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben, die von Volkspartei und FPÖ betrieben wurde. So hat

das Lohnsteueraufkommen der Arbeitnehmer von 2000 bis 2006 um 5,7 Prozent zugenommen, die Gewinnsteuern sind in derselben Zeit um 15 Prozent gesunken. Allein die Gewinne der 33 größten Konzerne sind von 2001 – 2004 um 161 Prozent (!) gestiegen, während die Zahl der „working poor“ in beängstigendem Maße zugenommen hat.

Besonders nachhaltig war der Schaden im Bildungsbereich. Noch heute haben wir mit dem Erbe von Elisabeth Gehrler zu kämpfen. Die Kürzungen im Schulbereich führten zu einem Anstieg der Klassenschülerzahlen während gleichzeitig 5.000 Lehrerinnen und Lehrer abgebaut wurden. Die Einführung der Studienggebühren und die Abschaffung der Direktwahl auf den Universitäten waren ein massiver Rückschritt.

Auch im Sicherheitsbereich haben wir bis heute mit dem Erbe von Schüssel, Haider und Co. zu kämpfen. 3.000 Dienstposten bei der Polizei wurden abgebaut, 120 Polizeiposten wurden zugesperrt. Ein Anstieg der Kriminalität und ein Sinken der Aufklärungsquote war das verheerende Ergebnis. Die Polizistinnen und Polizisten, die heute ihren Dienst versehen, sind immer noch mit den Folgen konfrontiert. Zu wenig Personal, zu viel Verwaltungsarbeit, so sieht die dramatische Situation aus, mit der die Polizei heute zu kämpfen hat. Da nützt es auch wenig, dass die Polizistinnen und Polizisten in Österreich hervorragende Arbeit leisten – die Kürzungspolitik von Schwarz-Blau wirkt bis heute nach.

Gerade die Pensionistinnen und Pensionisten hatten unter Schwarz-Blau zu leiden. Während sich die Gesamtinflation von 2000 bis 2006 um fast 15 Prozent erhöhte, wurden die Pensionen im selben Zeitraum nur um 6 Prozent erhöht, was zu einem enormen Kaufkraftverlust der älteren Generation geführt hat.

Die angeführten Fakten sprechen für sich. Der Zorn über die schwarz-blaue Regierung



Die Koalition mit der Haider-FPÖ weckte den Protest der Massen, die ihrem Ärger auf dem Heldenplatz Luft machten.

wird aber noch größer, wenn man die dramatischen Auswirkungen des damaligen Tabubruchs auf die politische Landschaft von heute betrachtet: Gegenüber seinen Wirtschaftsfreunden rechtfertigte Schüssel die FPÖ-Regierungsbeteiligung stets damit, dass er sie zähmen und sie zu seinem Nutzen unter Kontrolle halten wolle. Die Radikalisierung der FPÖ und ihr Liebäugeln mit rechtsextremen Positionen haben sich seit dem Jahr 1999 jedoch kaum geändert. Ein wesentlicher Unterschied zu damals ist allerdings, dass heute diese Positionen „salonfähig“ sind – eine direkte Folge der Schüssel-Regierung. Sie hat in letzter Konsequenz einen Nationalratspräsidenten Martin Graf hervorgebracht und eine deutschtümelnde FPÖ-Spitze, die das Wiederbetätigungsgesetz in Frage stellt, mit Holocaust-Leugnern sympathisiert und eine Hetze gegen „Ausländer“ und andere Minderheiten betreibt, wie sie seit den dreißiger Jahren nicht mehr erlebt wurde.

Noch nie war das dritte Lager so demonstrativ radikal wie heute und gleichzeitig so stark im Parlament vertreten. Das alles regt heute aber nicht mehr auf, die schwarz-blaue Regierung hat Moral, Anstand und Respekt begraben. Wer sich diese Zeit aus machtpolitischen Kalkül zurückwünscht, hat verlernt, sein Land zu lieben. ♦

STABILITÄTSPROGRAMM

Budgetkonsolidierung

Aufgrund der Wirtschaftskrise hat sich das heimische Budgetdefizit deutlich ausgeweitet. Mit dem Stabilitätsprogramm soll das Minus merklich verringert werden. Gespart werden soll vor allem auf der Ausgabenseite – also bei der Verwaltung.

„Im Vordergrund steht für uns die Ausgabenseite, und dass quer durch alle Ministerien nach Sparpotenzialen gesucht wird.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Um das heimische Budgetdefizit zu verringern, hat die SPÖ-geführte Bundesregierung das „Stabilitätsprogramm 2009 – 2013“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, das Defizit bis 2013 auf 2,7 Prozent zu verkleinern und so wieder unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent zu gelangen. Ab 2011 ist jährlich eine Senkung um 0,75 Prozent angepeilt, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Das Programm wurde bereits an die zuständigen Behörden in Brüssel übermittelt. Bei der Konsolidierung des Budgets geht es aber nicht um Steuererhöhungen: „Im Vordergrund steht für uns die Ausgabenseite, und dass quer durch alle Ministerien nach Sparpotenzialen gesucht wird“, betont Bundeskanzler Werner Faymann. In die Pflicht sollen



Für Bundeskanzler Werner Faymann ist besonders wichtig, dass der Rotstift nicht bei den Bereichen Soziales und Bildung angesetzt wird.

INFO

Für die SPÖ gilt:

- ▶ Der Schwerpunkt der Budgetkonsolidierung erfolgt ausgabenseitig
- ▶ Ab 2011 soll das Budgetdefizit jährlich um 0,75 Prozent gesenkt werden
- ▶ Mit der SPÖ wird es keinen Sozialabbau geben
- ▶ Mit der SPÖ wird es keine neuen Massensteuern geben
- ▶ Die konsequente Umsetzung der Verwaltungsreform bringt Einsparungen in Milliardenhöhe
- ▶ Auch der Finanzmarkt muss seinen Beitrag leisten

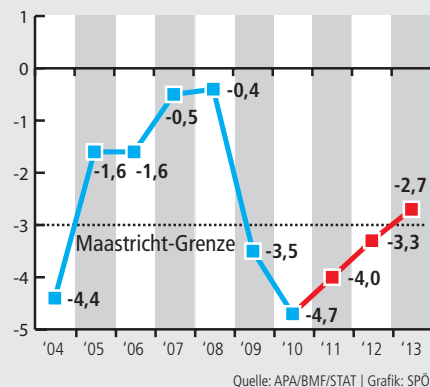
auch die Länder und Gemeinden genommen werden. „Alle öffentlichen Haushalte müssen ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Alle Ausgabenkategorien müssen miteinbezogen werden“, heißt es im Stabilitätsprogramm.

Ausgabenseite steht im Vordergrund

Beim Stabilitätsprogramm gehe es „nicht um Sozialabbau oder um Einschränkungen der Bildungschancen für die jungen Menschen in unserem Land“, betont Kanzler Faymann. „Ich bin stolz auf unser Sozialsystem und auf die Bildungsmöglichkeiten.“ Der Kanzler freut sich darüber, dass in der Budget-Frage Einigkeit innerhalb der Koalition erzielt werden konnte. „Die Koalition will den Österreicherinnen

Entwicklung des Budgetdefizits

Angaben in % des BIP
2009 vorläufige Berechnung, 2010-2013 Stabilitätsprogramm



Nach dem Budgetfahrplan wird das Defizit 2010 und 2011 etwas steigen und ab 2012 sinken.

- aber fair und gerecht

und Österreichern beweisen, dass wir ge-eint vorgehen, wenn Geld sinnvoll eingespart werden muss. Wir werden eine gemeinsame Lösung finden.“ Das von der SPÖ-geführten Bundesregierung ausgearbeitete Programm sei lediglich eine erste Zielvorgabe für den Bundeshaushalt bis 2013, erklärt SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Sie betont, dass das Programm „ein wichtiger Beitrag zur Budgetkonsolidierung und Teil einer verantwortungsvollen Politik ist“.

Banken sollen auch Beitrag leisten

Bei der Konsolidierung des Budgets wird aber auch die Einnahmenseite berücksichtigt. Die Finanztransaktionssteuer ist hier ein zentraler Punkt, aber auch die Banken-Solidarabgabe ist eine weitere Maßnahme. „Die Abgabe ist ein Beitrag der Kreditinstitute, um die durch die Krise entstandenen Kosten zu bezahlen“, sagt Rudas. Jetzt, wo sich die Banken erholt haben, sei es an der Zeit, dass sie ihren Beitrag leisten und die Bevölkerung, die in der Vergangenheit die Banken mit ihren Steuern gestützt hat, wieder etwas zurückbekommt. Rudas verweist in diesem Zusammenhang auf eine aktuelle OGM-Umfrage, in der sich 59 Prozent der Befragten für eine Solidarabgabe aussprechen.

Solidarabgabe soll vernünftiges Wirtschaften belohnen

Bei der Solidarabgabe geht es aber nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um ein Steuerungsinstrument. Damit soll vernünftiges Wirtschaften belohnt werden. Ins selbe Horn wie Rudas stößt auch SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer: „Es ist nicht einzusehen, warum wir die Steuerzahler im Regen stehen lassen sollten und nur ihnen die Krisenlasten aufbürden.“ Der Widerstand der Banken, die 0,07 Prozent Abgaben leisten sollen, ist für Krainer nicht

nachvollziehbar. „Wir reden hier von 0,07 Prozent, die mindestens 500 Millionen Euro bringen. Warum stellt sich die ÖVP also schützend vor die Banken und nicht vor die Steuerzahler?“ Die Einnahmen durch die Solidarabgaben würden wichtige Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bringen.

Österreich liegt mit Solidarabgabe im internationalen Trend

Die Frage, wie man die Banken an den

Krisenkosten beteiligen kann, wird derzeit weltweit diskutiert und Österreich liegt somit voll im internationalen Trend. Der wohl prominenteste Befürworter der Solidarabgabe ist US-Präsident Barack Obama. Er möchte sogar 0,15 Prozent Abgabe einheben. In Europa gibt es in Deutschland und Spanien Befürworter für die Abgabe und in Schweden wurde bereits ein entsprechender Beschluss gefasst und eine permanente Stabilitätsabgabe für Banken und Kreditinstitute eingeführt. ♦

INTERVIEW

„Es ist nur gerecht, wenn die Banken einen Beitrag leisten“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die Sinnhaftigkeit eines Transferkontos und sozialdemokratische Perspektiven zur Budgetkonsolidierung:



Finanzstaatssekretär Schieder will, dass auch Banken einen gerechten Beitrag leisten.

SPÖ Aktuell: Bundeskanzler Werner Faymann fordert eine Solidarabgabe für Banken. Warum ist das gerecht?

Andreas Schieder: Mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wurde in den letzten Monaten der Finanzmarkt stabilisiert. Jetzt müssen auch die Banken einen Beitrag leisten. Es ist nur gerecht, wenn die, die in den letzten Jahren große Gewinne an den Finanzmärkten gemacht haben, sich jetzt an den Kosten der Krise beteiligen. Das würde 500 Millionen Euro im Jahr bringen.

Zimmer Immer näher rückt die Frage der Budgetkonsolidierung. Was sind die sozialdemokratischen Perspektiven dafür?

Schieder: Das Wichtigste ist jetzt einmal, dass die Arbeitslosigkeit wieder sinkt. Erst dann können wir über Konsolidierung reden. Wichtig wird dann vor allem sein, dass wir sozial gerecht vorgehen. Schließlich hat gerade das starke soziale Netz die Wirtschaft in Österreich vor dem Zusammenbruch gerettet. Jedenfalls werden auch die, die an den Finanzmärkten große Gewinne gemacht haben, wie die Banken, einen Beitrag leisten müssen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Die ÖVP fordert ein Konto, auf dem Sozialleistungen aufgelistet werden sollen – welche Intention steht hinter diesem Vorschlag?

Schieder: Es ist zu befürchten, dass die ÖVP damit auf eine Kürzung der Sozialleistungen zielt. Dabei sind es in der Krise gerade die Sozialleistungen, die die Kaufkraft stützen und Massenarmut verhindern. Gerade jetzt über Kürzungen im Sozialbereich zu diskutieren, ist zynisch. ♦

BILDUNG

Mehr Ganztagsschul

120.000 Kinder sind derzeit in Österreich in Ganztagsbetreuung. Doch der Bedarf wäre dreimal so hoch – das zeigt eine brandaktuelle Eltern-Befragung. Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist klar: „Wir werden das Angebot massiv ausbauen.“



OTS/Hautzinger

angebote. Konkret wollen Österreichs Eltern eine Verdreifachung der Ganztagsschulplätze. Laut der Umfrage, an der 144.000 Eltern teilgenommen haben (das entspricht einer erfreulich hohen Rücklaufquote von rund 20 Prozent) lässt sich – ein qualitativ hochwertiges Angebot vorausgesetzt – ein Gesamtbedarf von 350.000 Plätzen errechnen. Abzüglich der bereits vorhandenen 120.000 Plätze (hier sind allerdings auch Hortplätze eingerechnet), fehlen also zumindest 230.000 Plätze.

Energisch und engagiert ausbauen

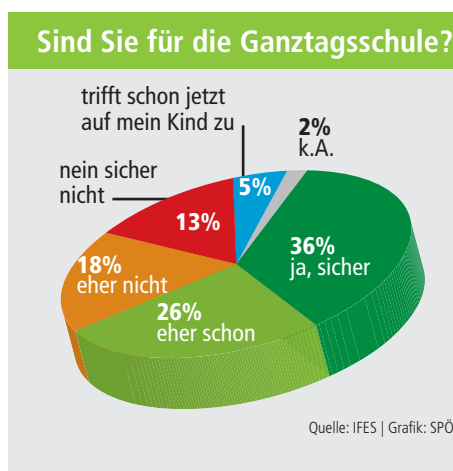
Das Ergebnis der vom renommierten Meinungsforschungsinstitut IFES ausgewerteten Eltern-Befragung zeigt, wie richtig Ministerin Schmied mit ihren Reformvorhaben bei den ganztägigen Schulangeboten liegt. Für Schmied ist daher klar: „Die Eltern haben mit dieser Be-

fragung ein klares Signal an die Politik gesendet. Die Eltern haben mit ihrem eindeutigen Voting klargemacht, dass das öffentliche Schulwesen energisch und engagiert in Richtung ganztägige Schulangebote weiter ausgebaut werden muss.“ Als nächsten Schritt wird Schmied jetzt einen groß angelegten Informationsprozess starten: Die Bundesländer, der Städte- und Gemeindebund werden über die Befragungsergebnisse ebenso in Kenntnis gesetzt wie die Schulpartner und der Unterrichtsausschuss des Nationalrats. Bis zum Sommer möchte die Bildungsministerin in Gesprächen mit den Bundesländern einen konkreten Masterplan zum Ausbau erstellen. Darin enthalten: Angaben zum Zeitplan und zu den Kosten für jedes Bundesland.

„Das Ergebnis ist ein deutliches Signal der Eltern und ein klarer Auftrag für die Politik.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Es war die wohl größte Eltern-Befragung in der Geschichte unseres Landes: Vergangenen November und Dezember wurden die Eltern von über 700.000 Kindern der ersten bis achten Schulstufe befragt. Das Thema: „Bedarf an ganztägigen Schulangeboten“. Nun liegen die Fakten am Tisch – und sie sprechen eine mehr als deutliche Sprache. Auf den Punkt gebracht: Es gibt ein Rieseninteresse am Ausbau der ganztägigen Schul-



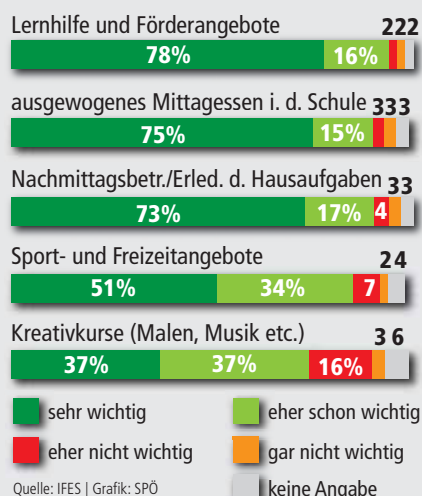
Zwei Drittel der befragten Eltern wollen eine hochwertige Betreuung ihrer Kinder.

en braucht das Land

Pröll beim Wort nehmen

Unerlässlich für den Ausbau der Ganztagschulplätze ist freilich auch der breite Konsens in der Regierung. Und hier kann sich die Bildungsministerin darauf stützen, dass „in der Bundesregierung breiter Konsens über die Notwendigkeit der Forcierung des Ausbaus besteht“. Auf dem Prüfstand steht natürlich auch Finanzminister Pröll. Denn Pröll hat sich schon im letzten Herbst zum Ausbau der ganztägigen Betreuung bekannt. Ein Bekenntnis, das er unmittelbar nach Bekanntwerden der Befragungsergebnisse erneuerte. Bleibt zu hoffen, dass der Wunsch der Bildungsministerin nach einem Ende des „parteilichen Hick-Hacks“ Realität wird. Schließlich geht es um die Zukunft und die Ausbildung unserer Kinder – daher ist es so wichtig, den Ausbau der ganztägigen Schulangebote als „großes gemeinsames Projekt umzusetzen“, so Schmied. Auch SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer drängt auf den raschen Ausbau der Ganztagschule: „Eltern und Kinder sollen nicht länger auf eine gute Ganztagsbetreuung, die international üblich und völlig normal ist, verzichten müssen.“

Welche Angebote sind wichtig?



Lernhilfe und ein ausgewogenes Mittagessen in der Schule – das steht auf der Wunschliste der Eltern in Sachen hochwertige ganztägige Betreuung ganz oben.

INTERVIEW

„Ein klarer Auftrag an die Politik“

Bildungsministerin Claudia Schmied im „SPÖ Aktuell“-Interview über den enormen Bedarf an ganztägigen Schulangeboten, über Trennendes und Gemeinsames mit der neuen Wissenschaftsministerin und zum Thema Studiengebühren, die für die SPÖ nach wie vor nicht in Frage kommen.

SPÖ Aktuell: Seit kurzem liegen die Ergebnisse der Eltern-Befragung zu ganztägigen Schulangeboten vor. Ihre Schlüsse daraus?

Claudia Schmied: Die Zahlen sprechen eine eindrucksvolle Sprache: Österreichs Eltern wollen einen massiven Ausbau der ganztägigen Schulangebote. In Summe haben wir einen Bedarf von 350.000 hochwertigen ganztägigen Schulangeboten. Derzeit gibt es rund 120.000 Plätze, das heißt, dass sich die Eltern für ihre Kinder mindestens 230.000 zusätzliche hochwertige Plätze wünschen. Das ist ein klarer Auftrag an die Politik, den es zu erfüllen gilt.

Welche nächsten Schritte sind geplant?

Schmied: Ich werde jetzt alle Betroffenen breit informieren und Gespräche vor allem auch in den Ländern führen. Es gibt schon heute viele attraktive Modelle, die auch die Sportvereine und die Kulturinitiativen einbeziehen.

Stichwort Finanzierung – ein Konfliktpunkt mit der ÖVP?

Schmied: Nein. Der Finanzminister hat ja schon im vergangenen Herbst öffentlich betont, dass er den Ausbau der ganztägigen Schulangebote forcieren will.

Die ÖVP hat Beatrix Karl zur neuen Wissenschaftsministerin bestellt. Was sagen Sie zu Ihrer neuen „Nachbarin“ am Minoritenplatz?

Schmied: Ich freue mich, dass es Frauenpower am Minoritenplatz gibt. Inhaltlich gibt es Trennendes und Gemeinsames. Erfreulich ist Karls Bekenntnis zu ganztägigen Schulangeboten, erwartbar war dagegen ihr

„Die Zahlen sprechen für sich: Österreichs Eltern wollen einen massiven Ausbau der ganztägigen Schulangebote.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Eintreten für die Wiedereinführung der Studiengebühren. In aller Klarheit: Studiengebühren kommen aus SPÖ-Sicht nicht in Frage. Ich habe auch kein Verständnis für das derzeitige Nein der ÖVP zur Ausweitung der Neuen Mittelschule. Es ist sehr schade, dass die ÖVP viele engagierte Schüler, Eltern und Lehrer in ihrem Reformeifer bremsen. Gut wäre, wenn sich in der ÖVP gerade in Bildungsfragen die innovativen Kräfte durchsetzen würden.



Lehmann

Bildungsministerin Claudia Schmied will den Ausbau der Ganztagschule vorantreiben.

PARTEIEN

Mehr Transparenz und Sauberkeit

Eine politische Ethikkommission gegen Systeme wie „BUWOG-Grasser“ oder „Hypo-Scheuch“ will SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter umsetzen.



Alle Parlaments-Parteien haben SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter Gespräche über seine Initiative zugesagt.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert eine politische Zielsetzung und offensive Strategie gegen korruptionsverdächtige Systeme wie „BUWOG“ und „Hypo-Alpe-Adria“.

Kräuter: „Zur Vermeidung von künftigen Auswüchsen muss nun schonungslos aufgeklärt, analysiert und reformiert werden. Neben straf- und zivilrechtlichen Konsequenzen schlage ich für rechtlich kaum erfassbare Machenschaften eine politische Ethikkommission vor, die durch Berichte an

das Parlament öffentliche Maßregelungen vornehmen könnte.“ Besetzt werden sollte eine derartige Kommission mit ehemaligen Politikern und Spitzenkontrolleuren, Wissenschaftlern und Medienvertretern.

Die Ethikkommission sollte sich beispielsweise mit problematischen Doppelfunktionen wie etwa von Karl Plech im BUWOG-Skandal, Veit Sorger in der Hypo-Causa, oder mit dem Provisionssumpf nach der Methode Meischberger oder fragwürdigen Rechtsgeschäften wie dem Kauf eines Seegrundstückes von einer Hypo-Töchter durch den langjährigen Hypo-Aufsichtsratschef Herbert Koch befassen.

Kräuter erinnert auch an die Mitverantwortung von FPÖ-Chef Strache bei der Bestellung Plechs zum Buwog-Aufsichtsratschef im Jahre 2001. Somit stecke nicht nur die FPÖ, sondern auch deren Parteiohmann Strache selbst tief im Hypo- und Buwog-Skandal. Kräuter: „Der Persilschein Straches für Hypo-Scheuch und die Ab-

gründe um eine ganze Generation von FPÖ-Parteigängern im Buwog-Skandal empört nicht nur die Öffentlichkeit, sondern hat auch viele FPÖ-Wähler sehr nachdenklich gemacht. Aus Gemeinden in den Bundesländern Niederösterreich, Steiermark, Tirol und Vorarlberg erreichen mich zahlreiche Meldungen, wonach die Bereitschaft, für die FPÖ bei den Gemeinderatswahlen zu kandidieren, massiv eingebrochen ist.“

Parteiengespräche starten

Kräuter hat mit Experten verstärkte Parteiengespräche zum Thema Sauberkeit und Transparenz der Parteien eingeleitet. Kräuter: „Die Bundesgeschäftsführer und Generalsekretäre aller im Parlament vertretenen Parteien haben bereits ihre Bereitschaft schriftlich mitgeteilt. Verstärkt mit Experten, dem Politologen Hubert Sickinger, dem österreichischen Vertreter von Transparency International Franz Fiedler und Rechnungshofpräsident Josef Moser soll eine grundsätzliche Konzeption zur Verbesserung der Transparenz- und Kontrollkultur in der österreichischen Parteienlandschaft entwickelt werden.“ ♦

PENSIONSREFORM

Dialog mit Sozialpartnern gestartet

Sozialminister Rudolf Hundstorfer traf die Sozialpartner zu ersten Gesprächen zur Pensionsreform.

Der Sozialminister lud zu einem ersten Sozialpartnerdialog über die Neugestaltung der Invaliditätspension sowie der Hackler- und Schwerarbeiterregelung. Für Hundstorfer steht fest, dass die Schwerarbeiter- und Invaliditätspension den Erfordernissen der heutigen Zeit angepasst und neu gestaltet werden müssen. Die Hacklerregelung müsse bis 2013 gesichert bleiben und ab 2014 langsam auslaufen – wie im September 2008 einstimmig im Nationalrat beschlossen. ♦



BMASK

Ein konkretes Gesamtkonzept zur Pensionsreform erwartet der Sozialminister bis Mitte des Jahres.

KATASTROPHENHILFE

2,8 Millionen Euro für Haiti

Die Bundesregierung hat die Soforthilfe für Haiti um zwei Millionen Euro aufgestockt.

Nach dem schweren Erdbeben in Haiti hat die Regierung umgehend 800.000 Euro Soforthilfe für die Opfer zur Verfügung gestellt. Die Mittel für Haiti wurden um zwei Millionen, auf 2,8 Millionen Euro aufgestockt. Bundeskanzler Werner Faymann dankte auch allen privaten Spendern. Die private Hilfe in den vergangenen Tagen habe bewiesen, „dass wir ein Land sind, das immer bereit ist zu helfen.“ ♦

HAITI-SPENDENKONTEN

Nachbar in Not: PSK 90 150 300, (BLZ: 60000)

Volkshilfe – Solidarität leben:

Kennwort HAITI, PSK 1 740 400, (BLZ: 60000)

JUSTIZ

Nach Skandal-Urteil: Erlass auf Druck der SPÖ

Ein Urteil wegen häuslicher Gewalt führte zu heftigen Protesten – und zu einem Erlass des Justizministeriums, um künftig eine einheitliche Rechtsauffassung sicherzustellen.



Die Ankündigung einer Scheidung oder Trennung ist nicht geeignet, häusliche Gewalt als „allgemein begreiflich“ zu relativieren.

Ich werte es als positives Signal an all jene Frauen, die von Gewalt betroffen sind“, beurteilt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek den Erlass des Justizministeriums, der festhält, dass eine „allgemein begreifliche heftige Gemütsbewegung“ nicht geltend gemacht werden kann, bloß weil das Opfer zuvor die Ehe-Scheidung angekündigt hat. Vorausgegangen war dem Erlass ein Skandal-Urteil am Wiener Landesgericht, bei dem in der Urteilsbegründung eben diese Argumentation angeführt wurde und der türkischstämmige Täter sich daher nicht wegen versuchten Mordes sondern lediglich wegen versuchten Totschlags verantworten musste, nachdem er seine Frau mit dem Messer und einer Eisenstange lebensgefährlich verletzt hatte. Das Urteil führte zu heftigen Protesten vonseiten der SPÖ und zur dezidierten Forderung der SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm nach einem Erlass der Justizministerin. „Ich sehe diesen Erlass nun als einen Sieg der Grundrechte in Österreich“,

„Ich hätte mir erwartet, dass die Justizministerin selbst ihre Position durch klare Worte darlegt.“

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim

begrüßt Wurm das Einlenken von Justizministerin Bandion-Ortner. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim stellt fest, dass das Justizministerium „spät aber doch“ reagiert habe. „Ich hätte mir allerdings erwartet, dass die Frau Justizministerin nicht den Verfasser des Erlasses, Herrn Ministerialbeamten Dr. Manquet, zur Argumentation vorschiebt, sondern selbst als ehemalige Richterin ihrer Rolle der obersten Weisungsbehörde der Staatsanwälte wahrnimmt und ihre Position durch klare Worte darlegt.“ Jarolim sieht darin ein weiteres klares Argument für die langjährige SPÖ-Forderung nach einem Bundesstaatsanwalt als Weisungsspitze der Staatsanwälte. ♦

GESUNDHEIT

Ärztegesellschaften für bessere Versorgungsqualität

Nach dem Kassensanierungspaket legt Gesundheitsminister Alois Stöger nun einen ersten Entwurf für sogenannte „Ärzte GmbHs“ vor.

Die medizinische Versorgung wird durch Ärztegesellschaften verbessert und der niedergelassene Bereich gestärkt“, so Gesundheitsminister Alois Stöger. Sowohl Patienten als auch Ärzte wollen eine „lebbar Medizin“, z.B. in Form von flexiblen Öffnungs- bzw. Arbeitszeiten. Aufgabe des Gesundheitsministeriums ist dabei die Schaffung von Rahmenbedingungen für diese neue Versorgungsform. „Durch verschiedene Mediziner unter einem Dach kann vermieden werden, dass Patienten, wie es jetzt noch üblich ist, vom Hausarzt weiter zu drei verschiedenen Facharzt-Praxen geschickt werden“, stellt Stöger in Aussicht. Denkbar sind verschiedene Modelle, z.B. Zusammenschlüsse von

Allgemeinmediziner oder auch mehrere Internisten mit verschiedenen Spezialgebieten unter einem Dach. Das Ziel ist die verbesserte Verfügbarkeit und Qualität ambulanter Leistungen für Patienten. Nicht zuletzt wird eine Entlastung der Spitalsambulanzen angestrebt.

SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser begrüßt den Entwurf: „Gerade in weniger dicht besiedelten Gebieten und für Patienten, die nicht mobil sind, kann eine ‚Ärzte GmbH‘ eine wichtige Verbesserung in der Qualität ihrer Gesundheitsversorgung darstellen.“ Die Zusammenschlüsse mehrerer Ärzte können auch den Vorteil längerer Öffnungszeiten mit sich bringen – eine Praxis, die 120 statt



Das Ziel des Gesundheitsministeriums ist es, die Qualität der Versorgung mit Gesundheitsleistungen zu erhöhen.

nur 25 Stunden pro Woche geöffnet hat, ist durchaus denkbar. ♦

PRÄMIERUNG

Bruno-Kreisky-Preise 2009 stehen fest

Am 4. März startet die Vergabe der renommierten Bruno-Kreisky-Preise. Der Hauptpreis geht an den Journalisten und Autor Erhard Stackl.



privat

Wird für seinen Erinnerungsband „1989: Sturz der Diktaturen“ mit dem Bruno-Kreisky-Hauptpreis gewürdigt: Erhard Stackl.

Er wird seit 1993 von der Bildungsorganisation der SPÖ und dem Renner-Institut im Gedenken an Bruno Kreisky vergeben: Der mit 7.000 Euro dotierte Kreisky-Preis für das politische Buch wird diesmal an Erhard Stackl für sein Buch „1989: Sturz der Diktaturen“ verliehen. Stackl geht in seinem fundiert recherchierten Werk der Frage nach, wer für die historische Wende verantwortlich ist, bei der 1989 die Diktaturen stürzten

und Millionen Menschen erstmals demokratische Freiheit erleben konnten.

Der Vorsitzende der Jury, SPÖ-EU-Abgeordneter Hannes Swoboda, informierte auch über die weiteren Preisträgerinnen und Preisträger:

► Sonderpreis für das publizistische Gesamtwerk: Kurt W. Rothschild

► Anerkennungspreise: Elisabeth Röhrlich („Kreiskys Außenpolitik – Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm“) und John Bunzl/Farid Hafez („Islamophobie in Österreich“)

► Sonderpreis des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich für besondere verlegerische Leistungen: Passagen Verlag.

Im Gedenken an den verstorbenen wissenschaftlichen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Wider-

standes, Herbert Exenberger, übergibt die Preisjury einen Scheck zum Ankauf von 50 Exemplaren seines Buches „Gleich dem kleinen Häuflein Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848 – 1945“ an den Mandelbaumverlag. ♦



„1989: Sturz der Diktaturen“

Das prämierte Buch von Erhard Stackl ist im Czernin Verlag erschienen und kostet 21,90 Euro.

KULTUR-TALK

„Kunst und Kultur gemeinsam denken“

Beim zweiten Kultur-Talk des Renner-Instituts wurden Raum und Zeit für kunst- und kulturpolitische Diskussionen genutzt.

Mein erklärtes Ziel ist, dass mehr Menschen an Kunst und Kultur teilhaben. Die Kraft besteht darin, Kunst und Kultur gemeinsam denken zu können“, betont Kulturministerin Claudia Schmied. „Es geht nicht nur um die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur, sondern um die Vermittlung von Selbstbewusstsein“, so Schmied, die sich über die Umsetzung des Projekts „Gratis-Eintritt bis zum 19. Lebensjahr in alle Bundesmuseen“ sehr freut. „Museen müssen als aktive und kritische Kunstvermittler agieren, um eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu erreichen.“ ♦



Spiola

Kulturministerin Claudia Schmied beim zweiten Kultur-Talk, einer Veranstaltungsserie des RI zum Thema „Kultur mit Allen – Kulturvermittlung und Partizipation“.

JUGEND

Gesetzliche Rahmenbedingungen für Pflichtpraktika

SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger kritisiert das „Superpraktikanten-Casting“ von Vizekanzler Pröll und fordert faire Chancen für Praktikanten.

Castingshows haben durchaus Unterhaltungswert – nicht jedoch, wenn es sich um ein Auswahlverfahren zum Gratis-Arbeiten für die ÖVP handelt“, so Lueger, die in diesem Zusammenhang erneut gesetzliche Rahmenbedingungen und eine Qualitätssicherung für Pflichtpraktika sowie faire Arbeitsbedingungen für Berufseinsteiger fordert. Lueger: „Den Sorgen von jungen Menschen hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft und ihrem Lebensunterhalt kann man nicht mit Casting-Shows begegnen. Das ist ein Vorgaukeln von Chancen, die in Wahrheit keine sind.“ ♦



Fotolia

Die Suche nach einer „Gratis-Arbeitskraft“ für Vizekanzler Pröll ist für Angela Lueger ein falsches Zeichen an junge, arbeitssuchende Menschen.

Satire

Endlich Strache!

Seit eineinhalb Jahren ist ER Bundeskanzler. Und seit einem Jahr leben wir in seiner Dritten Republik Österreich.

Dieses sensationelle Enthüllungsbuch von Hannes Vogler und I Stangl schildert den dornenvollen Weg, den ER bis heute, 2017, zu seinem Ziel gehen musste. Es entlarvt die heimtückischen Gegner, die ER zu bezwingen hatte und es zeigt, wie paradiesisch das Leben unter SEINER Herrschaft ist. Es waren dramatische Jahre, die uns alle gelähmt haben und verzweifeln ließen: geprägt durch früher nicht ganz so wichtige Personen wie Faymann, Pröll und Pröll.

Infolge der Wirtschaftskrise schrumpfte Österreichs einst so stolze Industrie auf Hallstatt-Zeit-Niveau und tausende Muezzins gierten danach, endlich vom Stephansdom zu predigen.

Vogler und Stangl decken auf, woran Bundespräsident Prof. Andy Borg wirklich gescheitert ist, welche Rolle die gefürchteten BZÖ-Milizen im Freistaat Kärnten heute spielen und auf welche Weise ER uns ausländerfrei, stolz und glücklich gemacht hat. ♦

☐ Stk.


Hannes Vogler und I Stangl:
Endlich Strache – Eine Reportage aus der Zukunft.
Verlag Ueberreuter, Wien 2009;
256 S., 19,95 €

Roman

Tschechow lesen

Anlässlich des 150. Geburtstages des russischen Schriftstellers, Novellisten und Dramatikers Anton Tschechows am 29. Jänner begibt sich Janet Malcolm auf eine literarische Reise.

Die Spuren Anton Tschechows führen sie nach St. Petersburg, Jalta und Moskau, die Orte in Tschechows Leben. Sie recherchiert über seine Kindheit, seine Beziehungen, die frühen Triumphe, seine literarischen Figuren und Themen – in einer unwiderstehlichen Mischung aus Essay, Reportage und Reisebericht. Geistreich verwebt sie Leben und Werk und beantwortet die einfachsten und zugleich kompliziertesten Fragen: Warum

gestehen sich Tschechows Figuren ihre Liebe meist in verwunschenen Gärten? Warum mochte Tschechow keine Hochzeiten? Und was ist die Wahrheit hinter dem Mythos seines Todes, den er angeblich mit einem Glas Champagner erwartete?

Man kann alles über Tschechow wissen – oder einfach nichts. So oder so wird man Janet Malcom für dieses Buch lieben. ♦

☐ Stk.


Janet Malcolm:
Tschechow lesen – eine literarische Reise.
Berlin Verlag GmbH,
Berlin 2010;
208 S., 20,50 €

Sachbuch

Sanktionen – 10 Jahre danach

Österreich wurde wegen der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 mit Sanktionen belegt. 10 Jahre später liegt nun eine kritische Bilanz vor.

Hartnäckig hängt die Mehrheit der Österreicher dem Traum nach, in ihrem Land würden die gleichen Zustände herrschen wie bei ihren westlichen Nachbarn. Selbst als ganz Europa in drastischer Weise deutlich machte, dass mit der Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ eine Grenze überschritten war, wurde das zuerst mit allen Mitteln abgetan – und kurze Zeit später wieder vergessen. Die Ächtung der Regierung eines Partnerlandes ist zweifel-

los ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der EU. Dennoch hat dieses Ereignis in Österreich überhaupt keine gesellschaftlichen Konsequenzen nach sich gezogen. Zehn Jahre später ist es höchste Zeit, die Ereignisse rund um die Sanktionen der EU gegen Österreich kritisch unter die Lupe zu nehmen. Die Autoren nähern sich der Thematik aus völlig unterschiedlichen Perspektiven an – und lassen dabei tief in die österreichische Seele blicken. ♦

☐ Stk.


Martin Strauß/Karl-Heinz Ströhle (Hrsg.):
Sanktionen – 10 Jahre danach.
Studienverlag, Innsbruck 2010;
168 S., 24,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Neue überbetriebliche Lehrwerkstätte in Ternitz



Gemeinsam mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Bürgermeister, Landtagsabgeordnetem Rupert Dworak und dem Geschäftsführer von Schoeller-Bleckmann Edelstahlrohr, Erich Hertner stellte Landeshauptmann-Stellvertreter Sepp Leitner die neue überbetriebliche Lehrwerkstätte in Ternitz vor.



Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Sepp Leitners erklärtes Ziel ist die flächendeckende Ausstattung Niederösterreichs mit überbetrieblichen Lehrwerkstätten. So soll möglichst allen niederösterreichischen Jugendlichen ein Lehrplatz zur Verfügung gestellt werden. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, steht Leitner in direktem Kontakt mit Gemeinden, die als Standorte in Frage kommen. Mit der Eröffnung der Lehrwerkstätte in Ternitz ist ein großer Erfolg gelungen. „Das wichtige Lehrwerkstätten-Netz für Jugendliche in Niederösterreich ist wieder um ein Stück dichter geworden“, zeigt sich Leit-

ner erfreut. Für Bürgermeister Dworak ist die neu angesiedelte Lehrwerkstatt ein klares Zeichen für mehr Lebensqualität in seiner Gemeinde: „Ternitz unterstreicht damit seine Ambitionen, Jugendlichen ein vielfältiges und hochqualitatives Ausbildungsangebot zur Verfügung zu stellen.“ Neben Loosdorf und Schwechat ist Ter-

nitz nun der dritte Standort, an dem Jugendliche in einer überbetrieblichen Werkstätte einen Beruf erlernen können.

Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer sind überbetriebliche Lehrwerkstätten ein Erfolgskonzept zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit: „Die Bundesregierung hat versprochen, Jugendlichen ohne betriebliche Lehrstelle hochwertige Alternativausbildungsplätze anzubieten. Diese Lehrwerkstätte hilft mit, dieses Ziel zu erreichen.“

DIE FAKTEN

Gemeinderatswahl 2010

Die allgemeine Gemeinderatswahl 2010 findet am 14. März 2010 in allen Gemeinden Niederösterreichs mit Ausnahme von Krens an der Donau, St. Pölten, Waidhofen an der Ybbs und den Gemeinden Deutsch-Wagram und Obersiebenbrunn statt. Weitere Informationen unter:

www.noel.gv.at/
Politik-Verwaltung/Wahlen

STEIERMARK

Neue Gemeinderatswahlen-Kampagne



„Es geht um dich“ – unter diesem Motto steht die Kampagne der SPÖ-Steiermark für die Gemeinderatswahlen 2010.

„Die SPÖ will mit ihrer Kampagne die Steirerinnen und Steirer so persönlich wie nie zuvor ansprechen – direkt, offen und absolut bereit für den Dialog“, betont Günter Pirker, Landesgeschäftsführer des Gemeindevertreterverbandes und Wahlkampfleiter. „In Zeiten abnehmenden Vertrauens in die Politik ist die Haltung, die dieser Slogan signalisiert, von größter Bedeutung“, so SPÖ-Steiermark Landesgeschäftsführer Toni Vukan.



GVV-Geschäftsführer Günter Pirker und Landesgeschäftsführer Toni Vukan vor dem Sujet der SPÖ-Kampagne 2010 für die Gemeinderatswahlen am 21. März.

TIROL

„Wir wollen Asylquote zu 100 Prozent erfüllen“



Neue Wohnheime für Asylwerber sollen für mehr Lebens- und Betreuungsqualität sorgen.

Derzeit wird die Asylquote in Tirol mit 1.504 Betreuten zu 83 Prozent erfüllt. „Bis zum Ende dieses Jahres beabsichtigt Tirol seine Asylquote zur Gänze zu erfüllen“, stellt Integrationslandesrat Gerhard Reheis in Aussicht. Um dies zu erreichen, sollen 18 zusätzliche Flüchtlingsheime und somit 100 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Die Einrichtungen, in denen besonders Wert auf hohe Betreuungsqualität gelegt wird, sind auf alle neun Bezirke Tirols verteilt. Somit kann eine einseitige Belastung eines Bezirkes verhindert werden, was sich positiv auf die Lebensqualität der Asylwerber und der ortsansässigen Bevölkerung auswirkt.



Das Erfüllen der Asylquote ist das erklärte Ziel von Integrationslandesrat Gerhard Reheis.

BURGENLAND

„Der Weg für den Aufschwung“



Vor 300 geladenen Gästen hielt Landeshauptmann Hans Niessl seine Grundsatzrede unter dem Titel „Burgenland. Unser Weg für den Aufschwung“. Er kündigte darin weitere Konjunkturmaßnahmen und den verstärkten Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit an.

In der Rede skizzierte Niessl klar seine Ziele für das Jahr 2010: „Unser Weg für den Aufschwung erfordert die richtigen Impulse, die wir zur Belebung der Konjunktur, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen setzen müssen. Daher gibt es auch 2010 ein Maßnahmenpaket, das es ermöglichen soll, dass das Burgenland auch in diesem Jahr weit besser abschneidet als andere Bundesländer. „Die geplanten Investitionen in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Tourismus sollen sich vor allem positiv auf die Arbeitsmarktsituation im Burgenland auswirken.

Unterstützung für Baubranche und KMU

Eine noch bessere Wohnbauförderung, eine verstärkte Förderung der Sanierungen von Häusern und Wohnungen, erstmalig die Förderung von Elektromobilität und die verstärkte Förderung von Alternativenenergie sind neue Schwerpunkte für 2010. Klein- und Mittelbetrieben wird ein neuer Risikokapitalfonds zur Verfügung gestellt. Mit bis zu 20 Millionen Euro von Bund, Land und Banken soll das Eigenkapital gestärkt und Investitionen ermöglicht werden.

Bildung und Ausbildung als Wachstumsmotor

Investitionen in Bildung und Ausbildung sind wirkungsvolle und nachhaltige Impulse für das Wirtschaftswachstum. Landeshauptmann Niessl sprach sich deshalb für eine flächendeckende Umset-



Landeshauptmann Hans Niessl während seiner Grundsatzrede in der Eisenstädter Orangerie.

zung der Neuen Mittelschule und der Ausbildungsgarantie für junge Menschen aus. Dabei werden durch zusätzliche Investitionen im Burgenland bis zu 1.000 neue Stellen geschaffen. „Ich lasse nicht zu, dass junge Menschen ohne Job und ohne Ausbildung auf der Straße stehen“, versicherte der Landeshauptmann. ♦

SPÖ Burgenland

OBERÖSTERREICH

Erneuerungsprozess erfolgreich gestartet



Eine Online-Befragung über die Themen und Projekte, die die SPÖ OÖ vorrangig angehen sollte, zeigt, dass neue Wege in der Jugendarbeit und gerechte Umverteilung wichtige Anliegen sind.



LH-Stv. Josef Ackerl: Alle Rückmeldungen werden berücksichtigt.

SPÖ OÖ

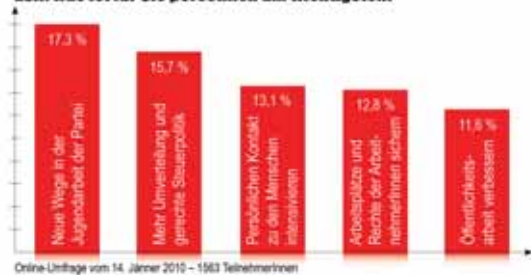
Rege Beteiligung und enormer Diskussionsbedarf prägen den Erneuerungsprozess der SPÖ OÖ, der jetzt landesweit gestartet ist. Allein in der letzten Woche standen sechs größere Veranstaltungen mit rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Programm, freut sich Landesgeschäftsführer Roland Schwandner. Bei einer Online-Umfrage am 14. Jänner gab es innerhalb von 24 Stunden 1.600 Rückmeldungen. „Welche Projekte/Themen soll die SPÖ OÖ als erste angehen, bzw. was ist für Sie persönlich am wichtigsten?“ lautete dabei die Fragestellung. Die fünf wichtigsten Themen: Neue Wege in der Jugendarbeit der Partei, mehr Umverteilung und gerechte Steuerpolitik, persönlichen Kontakt zu den Menschen intensivieren, Arbeitsplätze und Rechte der Arbeitnehmer sichern sowie die Öffentlichkeitsarbeit verbessern.

„Dass auf die Mitglieder gehört wird, soll in der SPÖ zur Selbstverständlichkeit werden.“

Landesparteichef LH-Stv. Josef Ackerl

Geplant, organisiert und koordiniert werden die Inhalte von einer Steuerungsgruppe unter der Leitung von Landesparteichef LH-Stv. Josef Ackerl und Bernd Dobesberger. Ackerl: „Wir nehmen alle Rückmeldungen sehr ernst.“ ♦

Welche Projekte/Themen soll die SPÖ OÖ als erste angehen bzw. was ist für Sie persönlich am wichtigsten?





Henisch

Wer trägt die Kosten der Krise?

Wirtschaftsforscher und Buchautor Markus Marterbauer schlägt effiziente beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie eine verursachergerechte Konsolidierung der Krisenlasten vor.



Pertramer

„Die Spekulation von Banken und Vermögensbesitzern hat zur Krise geführt, ein nennenswerter Beitrag zur Konsolidierung wäre angebracht.“

Die Arbeitnehmer mussten bis dato mit ihrem Steuergeld die Krise auslöffeln. Nun stellt sich die Frage, wer welchen Beitrag zur Budgetkonsolidierung liefert.

In den letzten Monaten hat sich dank der Niedrigzinspolitik und milliarden-schwerer Konjunkturprogramme die Wirtschaftslage stabilisiert. Damit konnte ein tiefer Einbruch in der Dimension der 1930er Jahre verhindert werden. Neuerliche Rückschläge sind keineswegs ausgeschlossen, etwa durch Probleme im Finanzsystem oder einen Einbruch der deutschen Automobilproduktion.

Nun muss sich die Wirtschaftspolitik zunehmend mit der Bewältigung der immensen Kosten der Krise auseinandersetzen: hohe Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite sowie große Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen. Die drei Probleme werden sich nicht „von selber“ durch einen starken Wirtschaftsaufschwung lösen. Denn die niedrige Kapazitätsauslastung der Unter-

nehmen und die verbreitete Arbeitslosigkeit bei den Haushalten verstärken die Unsicherheit und führen zu zurückhaltenden Investitions- und Konsumplänen, die das Wirtschaftswachstum drücken.

Beschäftigungspolitisch sind die vielversprechendsten Instrumente der Ausbau der sozialen Dienstleistungen (Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen, Pflege), eine merkliche Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit („kurze Vollzeit“, längere Freizeitblöcke, Bildungskarenz) und eine starke Ausweitung der Ausbildungsplätze (Höhere Schulen, Fachhochschulen, Universitäten).

Die politische Kunst besteht darin, diese expansiven Maßnahmen mit der Budgetkonsolidierung zu verknüpfen. Die Bundesregierung plant im Stabilitätsprogramm das Defizit im Staatshaushalt von

knapp fünf Prozent am BIP (2010) bis auf unter drei Prozent (2013) zurückzuführen.

Zunächst müssen die Prinzipien der Konsolidierung eingehend diskutiert werden. Wird die Budgetsanierung so durchgeführt, wie man das auch vor der Krise gemacht hätte: Einsparungen durch Verwaltungsreform? Oder sind die Krise und ihre Bestimmungsgründe miteinzubeziehen? Etwa indem man ein Verursacherprinzip einfordert: Die Spekulation von Banken und Vermögensbesitzern hat zur Krise geführt, ein nennenswerter Beitrag zur Konsolidierung wäre angebracht. Oder indem man das Leistungsfähigkeitsprinzip berücksichtigt: Breite Schultern können mehr Lasten tragen als schmale.

Daraus ergeben sich Schlussfolgerungen für die Frage ausgaben- oder einnahmenseitiger Budgetsanierung. Für Konsolidierung nach dem Verursacher- und Leistungsfähigkeitsprinzip ist die Verteilung des Vermögensbesitzes von Relevanz, sie wurde auch bei der Verteilungsenquete im Parlament ausführlich diskutiert: Das oberste Zehntel der Haushalte verfügt über 54 Prozent des Finanzvermögens (Sparbücher, Aktien u.a.) und 61 Prozent des Immobilienvermögens (Häuser, Grundstücke, Eigentumswohnungen). Noch ungleicher verteilt sind die Unternehmensvermögen und die Erbschaften. Der Beitrag der Vermögenden zur Konsolidierung kann nicht durch die Kürzung von Staatsausgaben erreicht werden, denn sie nehmen diese kaum in Anspruch. ♦

Markus Marterbauer arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

LESERBRIEFE



picturedesk

Der Skandal rund um die Causa Hypo Alpe Adria ist weiterhin im Fokus der Zusendungen.

Hypo-Skandal, Verteilungsgerechtigkeit, Bankensteuern und Solidarabgabe – all diese Themen beschäftigten unsere Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Liebe Mitarbeiter der SPÖ!

Faymanns Vorschlag einer Bankensteuer ist zu begrüßen. Es kann nicht sein, dass die Banken Milliarden vom Staat (Steuergeld) kassieren, wenn es ihnen schlecht geht, aber wenn sie Milliarden Gewinne machen, nichts davon abgeben. Dass die Österreichische „Volks“-Partei dagegen ist, zeigt wieder, dass sie eine Partei für die „Großen“ ist, ihnen nichts wegnehmen will, sondern ihnen lieber viel Geld in den Rachen wirft. Bei einer neuerlichen Krise müsste man, wie sagt man so schön: „Die Banken im Regen stehen lassen“.

Helmut Kafka, St.Pölten

Guten Tag die Damen und Herren!

Ich denke vielen muss langsam bewusst werden, was das BZÖ eigentlich angerichtet hat. Leider haben viele Menschen in Kärnten diese Partei gewählt. Ich bin mit meiner Entscheidung, diese Partei nicht mit meiner Stimme zu unterstützen, sehr zufrieden. Die Auswirkungen werden wir nicht nur in Kärnten spüren, sondern in ganz Österreich. Am meisten schockiert mich, dass die Landespolitiker dieser Partei so tun, als wäre nichts Schlimmes geschehen. In Bayern gibt es Konsequenzen. All das zeigt mir, dass nur die große Koalition seriöse Regierungsarbeit leisten kann.

Hannes Komatz, Internet

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann!

Ich begrüße Ihren sozialpolitischen Vorschlag, eine Solidarabgabe für Banken ein-

zuführen. Somit werden die Banken auch in die Pflicht genommen, sich an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Bisher ist es bei den Banken gang und gäbe, die Hosentaschen für staatliche Unterstützungen weit aufzumachen und diese vollzustopfen. Erzielen die Banken jedoch wieder Gewinne werden die Hosentaschen schnell verschlossen und zugenäht. Spekulationsgeschäfte und Fehlinvestitionen werden immer am Rücken der Steuerzahler ausgetragen. Die SPÖ versucht mit dem Vorschlag einer Solidarabgabe dagegen anzukämpfen. Ich hoffe sehr, dass die ÖVP dem Vorschlag des Kanzlers bald zustimmt.

Melanie Rosenberger, Wien

Lieber Rudolf Hundstorfer!

Sie sind für mich der Robin Hood Österreichs, denn Sie wollen es den Reichen nehmen und den Armen geben. Doch der Sheriff Pröll versucht anscheinend mit allen Mitteln gegen eine gerechtere Gesellschaft anzukämpfen. Leider wiederholen sich manche Geschichten immer wieder.

Elfriede Eichinger, Wiener Neustadt

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Maga. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Maga. Alexandra Bärli, Maga. Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Maga. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Maga. Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto & Layout: Thomas Lehmann, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH., 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.wienwillswissen.at

Was Wien bewegt – Diskutieren Sie mit im Internet

Rund um die „Wiener Volksbefragung“ gibt es jetzt ein tolles neues Service. Unter www.wienwillswissen.at gibt es die Möglichkeit, die abgefragten Themen mit interessierten Userinnen und Usern zu diskutieren. Hierzu wurden eigene Diskussionsforen eingerichtet, die nach einer unkomplizierten Anmeldung für alle offen stehen,

die ihre Meinung zu den Themen Hundeführerschein, Citymaut, Ganztagschule, Hausbesorger und 24-Stunden-U-Bahn-Verkehr abgeben wollen.

Wichtig ist: Die Webplattform ist als ergänzendes Service für den Meinungsaustausch zu sehen – sie ersetzt in keiner Weise die Volksbefragung. ♦



Präsidentialer Staatsbesuch in China

China, das Land des Wirtschaftsbooms, war vor kurzem das Ziel eines mehrtägigen Staatsbesuchs von Bundespräsident Heinz Fischer. Mit dabei war neben Verteidigungsminister Norbert Darabos, Gesundheitsminister Alois Stöger, Staatssekretär Andreas Schieder auch eine 120-köpfige Wirtschaftsdelegation. Auf dem Programm stand unter anderem ein Besuch des wegen seiner Form „Vogelnest“ genannten Olympia-Stadions in Peking.



picturedesk



Anfeuern mit Erfolg

Gemeinsam mit rund 50.000 Fans drückten Bundeskanzler Werner Faymann und Ehefrau Martina den österreichischen Ski-Assen in Schladming die Daumen. Mit Erfolg: Reinfried Herbst triumphierte. Auf den Plätzen 3 und 4 folgten Manfred Pranger und Benni Raich.



picturedesk

BH/Konrad



SPÖ

Zu Besuch im Vorzeigebetrieb

Einen Betrieb mit fast 50 Prozent Frauenanteil besuchte vor kurzem Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Bei der Landgenossenschaft Stainach „gibt es gleichen Lohn für gleiche Arbeit – und auch die Weiterbildungs-Chancen stehen Frauen und Männern gleichermaßen offen“, freute sich die Ministerin. Eingefädelt hatte den Besuch die steirische Nationalrätin Elisabeth Hakel.

Minister-Dank für „Pistenpräparatoren“

Schutz und Hilfe – für beides steht das Bundesheer. So auch am Weltcup-Wochenende in Kitzbühel: Dort unterstützten die Soldaten der 6. Jägerbrigade die Pistenarbeiter bei der Präparierung der Streif. Sport- und Verteidigungsminister Norbert Darabos bedankte sich herzlich dafür.